

## **Fraktion GLB – KPÖ in der AK-Stmk.**

### **Resolution der 2. Vollversammlung am 06. 11. 2014 der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Steiermark**

#### **STOPP Sparpolitik bei Bildung und Unterricht!**

Trotz PISA-Studie die nach wie vor dem österreichischen Bildungsstandard nicht das beste Zeugnis ausstellt, soll – das Bankendesaster von Hypo-Kärnten und Volksbank und der jüngste EU-Brief aus Brüssel zwecks weiterer Budgeteinsparungen dazu zur Erinnerung - sehr vordergründig z. B. bei der Unterrichtsqualität öffentlicher Bildungseinrichtungen weiter eingespart werden. Erste Absichten der Bundesregierung sind erinnerlich und entsetzten: Klassen mit mehr Schülerinnen und Schülern als bisher, weniger ZweitlehrerInnen in der NMS, weitere Mehrbelastungen der Bundesländer, usw.

Konkret handelt es sich um verschwindend geringe Summen; im Gegensatz zu dem Milliardenstützungen von Steuergeldern zwecks zweifelhafter Bankenrettungsaktionen. Obwohl dieser bildungspolitische Sparunsinn auf Grund massivster Proteste vorerst gestoppt wurde bleibt die innenpolitische Konfrontation. Laut Regierungsbeschluss soll(t)en heuer 57 Mio. € und 2015 weitere 60 Mio. € eingespart werden.

Die Politik nimmt so oft den Satz „der nächsten Generation ihre Zukunft zu ermöglichen“ in den Mund. In der Praxis walten aber leider andere Realitäten. Gerade jetzt wäre es für die Bundesregierung möglich binnenstaatlich, aber auch in Übereinstimmung mit den EU-Bestimmungen z. B. durch vermögensbezogene Steuern und Abgaben, gerecht bemessener Grunderwerbsteuern, Spekulations- und Kapitalfluchtabgaben, dem gezielten Kampf gegen Schieber und Spekulanten usw. sehr rasch Milliarden Euros für das Budget – ohne schleichendem Sozialkahlschlag z. B. im Bildungswesen – zu lukrieren.

**Die 2. Vollversammlung der steirischen Kammer für Arbeiter und Angestellte fordert daher die Österreichische Bundesregierung auf, geplante Einsparungsmaßnahmen im Bildungs- und Unterrichtsbereich 2014, 2015, und darüber hinaus, fallenzulassen!**

Für die Fraktion GLB-KPÖ

Kurt Luttenberger

Graz, 29. Oktober 2014

# **Fraktion GLB – KPÖ in der AK-Stmk.**

## **Resolution**

**der 2. Vollversammlung am 06. 11. 2014**

**der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Steiermark**

## **Einführung einer Vermögenssteuer**

### **Reichtum in Österreich**

Das gesellschaftliche Vermögen in Österreich ist extrem ungleich verteilt: Wie von einer Studie der Linzer Johannes-Kepler-Universität im Jahr 2013 nachgewiesen, besitzt das reichste ein Prozent der ÖsterreicherInnen Vermögenswerte in der Höhe von 469 Milliarden Euro. Angeführt wird die Liste der reichsten ÖsterreicherInnen von der Familie Porsche und Piëch, deren Vermögen vom Wirtschaftsmagazin *trend* auf 44,8 Milliarden Euro geschätzt wird. Dieses eine Prozent bezieht ein Drittel seines jährlichen Gesamteinkommens aus Vermögenseinkommen in Form von Zinsen oder Dividenden, also weitgehend leistungslosen und gering besteuerten Einkünften.

In Summe besitzt das oberste eine Prozent in diesem Land ganze 37 Prozent des gesellschaftlichen Gesamtvermögens und damit mehr als die 90-prozentige Bevölkerungsmehrheit, die gerade einmal 32 Prozent des Gesamtvermögens besitzt.

Dabei ist das gesellschaftliche Vermögen heute so groß wie nie zuvor. Nie gab es mehr Reichtum! Das Problem ist allerdings, dass es derart ungleich verteilt ist: Eine Minderheit besitzt den Großteil des Vermögens, wodurch die Mehrheit relativ geringe Einkommen erzielt und der Staat sich verschulden muss. Würden Einkommen und Vermögen anders verteilt, könnten öffentliche wie private Schuldenprobleme deutlich reduziert werden. Es ist demnach nicht die Mehrheit der Bevölkerung, sondern die reiche Elite, die über den Verhältnissen der Gesellschaft lebt. Das wirft die Frage auf, ob wir uns eine derartige Konzentration des Reichtums noch leisten können und wollen.

### **Steuerliche Schieflage**

Die Vermögensverteilung ist nämlich nicht die einzige Schieflage in Österreich: Während Arbeit sehr hoch besteuert ist, sind Vermögen kaum besteuert. Vermögensbezogene Steuern machten laut OECD im Jahr 2012 gerade einmal 0,6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts und 1,3 Prozent des gesamten Steueraufkommens aus. Damit gehört Österreich auch im internationalen Vergleich zu den Schlusslichtern. Im OECD-Durchschnitt beträgt der Anteil vermögensbezogener Steuern 5,4 Prozent des gesamten Steueraufkommens, in den USA sind es gar 12,1 Prozent. Die steuerliche Bevorzugung der Vermögenden in Österreich führt einerseits dazu, dass die Arbeitseinkommen einen immer größeren Teil der Steuerlast tragen müssen, andererseits die öffentlichen Kassen immer größere Lücken aufweisen.

### **Finanzieller Beitrag der Vermögenden**

Die breite Mehrheit der ÖsterreicherInnen spürt die Auswirkungen dieser verfehlten Lobby-Politik Monat für Monat dadurch, dass immer mehr immer weniger zur Verfügung haben, aber auch in der Stadt Graz erleben wir, dass es nicht einfacher wird, notwendige Investitionen und Ausgaben im Interesse der Bevölkerung zu tätigen. Nur eine entsprechende finanzielle

Beteiligung der Vermögenden kann zur Entlastung öffentlicher wie privater Haushalte beitragen. Einer entsprechenden Studie der Linzer Johannes-Kepler-Universität zufolge, würde eine gestaffelte Vermögenssteuer, die ab einem Besitz von einer Million Euro zu entrichten wäre, bis zu 6,9 Milliarden Euro einbringen:

Vermögenssteuer Aufkommenschätzungen (auf Basis der öst. Vermögensverteilung inkl. Korrektur bei den Reichsten) – verschiedene progressive Modelle	Geschätztes Steueraufkommen	Geschätztes Steueraufkommen mit hypothetischen „Ausweicheffekten“
<b>Modell - Freibetrag: 1 Million Euro</b> Steuersatz: 1-2 Millionen: 0,3% > 2 Millionen: 0,7%	3,3 Mrd. Euro	2,6 Mrd. Euro
<b>Modell - Freibetrag: 700.000 Euro</b> Steuersatz: 700.000-2 Mil.: 0,5% 2-3 Millionen: 1% > 3 Millionen: 1,5%	7,0 Mrd. Euro	5,4 Mrd. Euro
<b>Modell - Freibetrag: 1 Million Euro</b> Steuersatz: 1-2 Millionen: 0,7% 2-3 Millionen: 1% > 3 Millionen: 1,5%	6,9 Mrd. Euro	5,3 Mrd. Euro

([http://ooe.arbeiterkammer.at/interessenvertretung/verteilungsgerechtigkeit/steuern/Vermögenssteuer\\_bringt\\_Milliarden.html](http://ooe.arbeiterkammer.at/interessenvertretung/verteilungsgerechtigkeit/steuern/Vermögenssteuer_bringt_Milliarden.html))

## Fakten statt Mythen

Dem häufig genannten Argument, eine Vermögensbesteuerung würde den Mittelstand belasten, fehlt bei einem Freibetrag von einer Million Euro jegliche Grundlage. Die große Masse der österreichischen Bevölkerung wäre von einer solchen Vermögenssteuer nicht betroffen. Je nach Modell sind dabei lediglich fünf bis acht Prozent der reichsten Haushalte betroffen. Das wäre ein mehr als vertretbarer Beitrag der Reichen, der zu einer gerechteren Verteilung führen würde.

Im angeführten Modell sind auch bereits mögliche „Ausweicheffekte“ durch die Verschiebung von Vermögen berücksichtigt. Dazu gilt es gleichzeitig festzuhalten, dass ein großer Teil der Vermögen immobil sind, Grundstücke und Immobilien können gar nicht, Stiftungsvermögen nur um einen extrem hohen Preis ins Ausland übersiedelt werden. Zusätzlich lässt sich aus oben genannten Statistiken ablesen, dass es in der Mehrzahl der OECD-Staaten ohnehin eine höhere Vermögensbesteuerung gibt. Verbleibende Steuerschlupflöcher können mit entsprechenden politischen Willen in Form von Abkommen mit sogenannten „Steuroasen“ gestopft werden.

***Reicher Mann und armer Mann standen da und sahn sich an.  
Und der Arme sagte bleich: »Wär ich nicht arm, wärst du nicht reich«. (Bertolt Brecht)***

Wer über Reichtum spricht, muss daher auch über Armut sprechen. Gerade im unteren Drittel unserer Gesellschaft haben die angeführten Zahlen enorme Auswirkungen auf das Leben der Menschen: Über eine Million ÖsterreicherInnen, davon viele zehntausende aus der Steiermark, gelten als akut arm oder armutsgefährdet, unter ihnen 130.000 Kinder und Jugendliche. Armut

bedeutet in Österreich, dass im siebtreichsten Land der Erde hunderttausende Menschen finanzielle Not leiden, unerwartete Ausgaben nicht tätigen können oder kaum Möglichkeiten haben, sich neue Kleidung zu kaufen. Bereits im vergangenen Winter konnten 313.000 ÖsterreicherInnen ihre Wohnung nicht angemessen heizen, für dieses Jahr ist nicht zuletzt aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit, gerade auch in unserem Bundesland, ein weiterer Negativrekord bei der Energiearmut zu erwarten. Zusätzlich führen die mit Armut verbundenen Belastungen zur Beeinträchtigung der physischen und psychischen Gesundheit vieler Menschen sowie zu sozialer Ausgrenzung.

### **Umsteuern jetzt!**

In den vergangenen Jahren wurden in Österreich Milliarden für die Rettung maroder Banken oder für den Ankauf untauglichen Kriegsgeräts ausgegeben, die Zeche dafür haben stets die arbeitenden Menschen, die Jugend und die armen Bevölkerungsschichten getragen. Wichtige Zukunftsinvestitionen in den Bereichen Bildung, sozialem Wohnbau und Forschung oder bei der Schaffung von Arbeitsplätzen sind unterblieben, während dringend notwendige soziale Leistungen für Familien, Studierende, PensionistInnen und viele mehr gekürzt oder seit Jahren nicht der Inflation angepasst wurden. Stets wurde dabei auf leere Staatskassen verwiesen. Mit der Einführung einer Vermögenssteuer kann hier endlich gegengesteuert werden und sowohl zu einer Entlastung der öffentlichen Haushalte wie auch der Bevölkerungsmehrheit beigetragen werden.

**Entscheidend bleibt nun, dass der Bundesgesetzgeber folgende Maßnahmen trifft:**

- 1) **Prüfung oben genannte Modelle einer Vermögenssteuer und Einführung einer gestaffelten Vermögenssteuer auf hohe Privatvermögen ab 700.000 Euro netto.**
- 2) **Rasche Umsetzung einer Steuerreform mit einer spürbaren Lohnsteuersenkung, gegenfinanziert aus den Einnahmen einer Vermögenssteuer.**
- 3) **Einführung einer reformierten Erbschafts- und Schenkungssteuer mit einem hohen Freibetrag, der sicherstellt, dass im Laufe eines ArbeitnehmerInnen-Lebens Ersparnis steuerfrei weitervererbt werden kann.**
- 4) **Verstärkter Einsatz auf EU-Ebene zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer.**

Die Kammer für Arbeiter und Angestellte für Steiermark erklärt dazu ihre volle Unterstützung ihren Beitrag zwecks rascher Einführung einer Vermögenssteuer zu leisten.

Für die Fraktion GLB – KPÖ

Kurt Luttenberger

Graz, am 29. Oktober 2014

# GLB

Gewerkschaftlicher Linksblock im ÖGB

Antrag Nr. 3

an die 14. Vollversammlung am 30.1.2014  
der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Steiermark

## Kein Kahlschlag bei der Integration Behinderter in den Arbeitsmarkt!

Die vom ressortzuständigen Landesrat Schrittwieser in Begutachtung geschickte Novelle des steiermärkischen Behindertengesetzes, wurde in den beinahe 40 Stellungnahmen deren Tenor überwiegend zwischen Befremden und blankem Entsetzen angesiedelt war, einhellig als massiver Rückschritt gewertet, insbesondere was die Teilhabe Behinderter am Arbeitsmarkt betrifft.

Ein Rechnungshofbericht, der sich u. a. mit dem eng verflochtenen Kompetenzen von Bundes- und Landesbehörden beschäftigt wurde offenbar als Vorwand für einen kompletten Kahlschlag bei den Leistungen der Behindertenhilfe genommen. Das AMS trifft in seiner Stellungnahme diesbezüglich z. B. folgende Einschätzung:

*„Bei festgestellter Arbeits- aber somit auch Ausbildungsfähigkeit zieht sich das Land Steiermark zur Gänze aus dem Bereich „Berufliche Eingliederung /Inklusion in die Arbeitswelt“ für Behinderte zurück. Trotzdem muss weiterhin gewährleistet sein, dass es für behinderte Menschen ihren individuellen Problemlagen entsprechend, ausreichend Angebote vorhanden sind. Jedenfalls dürfen dem Bund – insbesondere der Gebarung Arbeitsmarkt - aus der Neuordnung keine zusätzlichen Kosten erwachsen.“*

Was die Arbeitsmarktpolitischen Auswirkungen dieser Novelle konkret bedeuten würden, lässt sich „pars pro toto“ aus folgender lapidarer Feststellung ersehen, die das Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz in seiner Stellungnahme trifft: *„...doch könnte die Novelle in der vorliegenden Fassung speziell für den Integrativen Betrieb Team Styria, welcher mehr als 300 MitarbeiterInnen – davon über 70% Menschen mit Behinderung – einen Arbeitsplatz bietet, gravierende Auswirkungen nach sich ziehen. Der Integrative Betrieb Team Styria wäre mit dem Entfall der Landesförderung nicht existenzfähig.“*

Dazu kommt noch, dass damit eine diffizile Problematik rund um pensionsrechtliche Absicherung behinderter Menschen aufgerissen wird, die um die Definition arbeitsrechtlicher Begrifflichkeiten wie Arbeitsfähigkeit kreist. Hiervon abgesehen haben die Betroffenen Leistungskürzungen und Versor-

gungslücken zu befürchten, selbst elementare Hilfestellungen wie Fahrtkostenbeiträge oder notwendige Hilfsleistungen für den Kindergartenbesuch behinderter Kinder zu befürchten.

Die Vollversammlung der steirischen Arbeiterkammer fordert die steirische Landesregierung daher auf:

- den in Begutachtung geschickten Entwurf eines Gesetzes, mit dem das Steiermärkische Behindertengesetz geändert wird, nicht ohne wesentliche Änderungen dem Landtag zur Beschlussfassung vorzulegen **ohne auf**
- das Vorhaben aufzugeben sich ansatzlos und um entstehende Versorgungslücken zu achten, aus weiteren Leistungsbereichen der Behindertenhilfe zurückzuziehen
- **stattdessen die Reform in Absprache mit dem Bund (AMS, BSA) und in Einklang mit den Verpflichtungen des Landes aus der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung vorzunehmen.**

Für die Fraktion des Gewerkschaftlichen Linksblocks (GLB)

Kurt Luttenberger e.h.

Graz, 30.6.2014